Schleswig-Holsteinischer Landtag Stenographischer Dienst Niederschrift Sozialausschuss 90. Sitzung am Donnerstag, dem 25. November 2004, 14 Uhr, im Sitzungszimmer des Landtages

### **Anwesende Abgeordnete**

Andreas Beran (SPD)

Vorsitzender

Wolfgang Baasch (SPD)

Peter Eichstädt (SPD)

Arno Jahner (SPD)

Siegrid Tenor-Alschausky (SPD)

Torsten Geerdts (CDU)

Werner Kalinka (CDU)

Helga Kleiner (CDU)

Angelika Birk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

# Weitere Abgeordnete

Silke Hinrichsen (SSW)

# Fehlende Abgeordnete

Thomas Stritzl (CDU)

Veronika Kolb (FDP)

Die Liste der weiteren Anwesenden befindet sich in der Sitzungsakte.

Tage	Tagesordnung:	
1.	a) Bericht zur Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt	6
	Bericht der Landesregierung Drucksache 15/1173	
	b) Senkung der Sozialversicherungsbeiträge für niedrige Einkommen	7
	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/1494	
	c) Neuorientierung des Arbeitsmarktes Neuregelung der geringfügigen Beschäftigung	7
	Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/1497	
	d) Reform der Arbeitsverwaltung "Vermitteln statt verwalten"	7
	Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/1573	
	Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/1643	
2.	Lage am Ausbildungsmarkt	8
	Mündlicher Bericht der Landesregierung	
3.	Für mehr Beschäftigung: Kündigungsschutz sofort lockern!	9
	Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/2428	

Drucksache 15/3254

4.	a) Zur dramatischen Lage auf dem Arbeitsmarkt	10
	Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/2443 Absatz 1 und 3	
	b) Zur dramatischen Lage auf dem Arbeitsmarkt	
	Bericht der Landesregierung	
5.	Liberalisierung des Ladenschlusses	11
	Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/2575 (neu)	
6.	Arbeitsmarktpolitik in Schleswig-Holstein	12
	Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der FDP Drucksache 15/3141	
7.	Personalserviceagenturen	13
	Bericht der Landesregierung Drucksache 15/3204	
8.	Keine gesetzlichen Mindestlöhne	14
	Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/3271	
9.	Arbeitsmarktbericht Schleswig-Holstein 2002	15
	Bericht der Landesregierung	

10.

Umsetzung von Hartz IV in Schleswig-Holstein

**16** 

	Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/3345 Nr. 1 und 2	
11.	Umsetzung von Hartz IV in Schleswig-Holstein	17
	Bericht der Landesregierung Drucksache 15/3590	
12.	Bericht der Ministerin für Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz über die Ursachen gehäufter Leukämiefälle in der Elbmarsch - Rück- tritt von sechs Mitgliedern der Fachkommission zur Aufklärung der Ursachen gehäufter Leukämiefälle in der Elbmarsch	19
	Antrag des Abg. Werner Kalinka (CDU) Umdruck 15/5142	
13.	Bekämpfung der Kinder- und Jugendkriminalität	20
	Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/1713	
14.	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Ausführungsgesetzes zum Sozialgerichtsgesetz	21
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/3761	
15.	Verschiedenes	22

Der Vorsitzende, Abg. Beran, eröffnet die Sitzung um 14 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

#### a) Bericht zur Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt

Bericht der Landesregierung Drucksache 15/1173

(überwiesen am 15. November 2001 an den **Sozialausschuss** und den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung)

hierzu: Umdrucke 15/2011, 15/2063, 15/2064, 15/2102, 15/2118, 15/2210, 15/2218, 15/2235, 15/2259, 15/2605, 15/2606, 15/2617, 15/2720, 15/2904, 15/2913, 15/2915, 15/2916, 15/2918, 15/2919, 15/2929, 15/2930, 15/2940, 15/2980, 15/3028, 15/3049, 15/3065, 15/3204

Abg. Baasch bittet, künftig bei der Erstellung von Arbeitsmarktberichten geschlechtsspezifische Gesichtspunkte zu berücksichtigen.

Abg. Birk regt an, ein Gespräch mit dem Leiter der Arbeitsagentur zum Thema Folgerungen von Hartz IV für Frauen zu führen. Außerdem fragt sie nach der Zukunft der Beratungsstellen Frau & Beruf.

M Dr. Rohwer sagt zu, die Anregung, das Thema Beschäftigung von Frauen künftig im Arbeitsmarktbericht zu berücksichtigen, aufzunehmen. Er wendet sich der Frage der Abg. Birk zu und legt dar, die Beratungsstelle sei im Rahmen der Arbeitsmarktförderung bis 2006 gesichert.

RL Roloff ergänzt, zu den von Abg. Birk angesprochenen Themen im Zusammenhang mit Hartz IV, nämlich Frauen und Kinder, Kinderbetreuung und Frauen in Gewaltsituationen, seien verschiedene Arbeitsgruppen gebildet worden. Die Diskussion mit anderen Ministerien sei angelaufen. Geplant sei, im Dezember ein Gespräch mit den Arbeitsgemeinschaften zu führen.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung abschließend zur Kenntnis.

#### b) Senkung der Sozialversicherungsbeiträge für niedrige Einkommen

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/1494

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag im Einvernehmen mit den Antragstellern, den Antrag für erledigt zu erklären.

# c) Neuorientierung des Arbeitsmarktes Neuregelung der geringfügigen Beschäftigung

Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/1497

(überwiesen am 24. Januar 2002 an den **Sozialausschuss** und den Wirtschaftsausschuss)

hierzu: Umdrucke 15/2605, 15/2606, 15/2617, 15/2720, 15/2902, 15/2903, 15/2915, 15/2916, 15/2918, 15/2919, 15/2929, 15/2930, 15/2940, 15/2980, 15/3028, 15/3049, 15/3065, 15/3204

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag im Einvernehmen mit den Antragstellern, den Antrag für erledigt zu erklären.

# d) Reform der Arbeitsverwaltung "Vermitteln statt verwalten"

Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/1573

Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/1643

(überwiesen am 21. Februar 2002)

Im Einvernehmen mit den Antragstellern empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, die Anträge für erledigt zu erklären.

# Punkt 2 der Tagesordnung:

# Lage am Arbeitsmarkt

Mündlicher Bericht der Landesregierung

(überwiesen am 13. Dezember 2002 an den **Sozialausschuss**, den Wirtschaftsausschuss und den Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung)

Der Ausschuss nimmt den mündlichen Bericht der Landesregierung abschließend zur Kenntnis.

# Punkt 3 der Tagesordnung:

# Für mehr Beschäftigung: Kündigungsschutz sofort lockern!

Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/2428

(überwiesen am 20. Februar 2003 an den **Sozialausschuss** und den Wirtschaftsausschuss)

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme des Vertreters der FDP bei Enthaltung der CDU, den Antrag abzulehnen.

#### Punkt 4 der Tagesordnung:

# a) Zur dramatischen Lage auf dem Arbeitsmarkt

Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/2443 Absatz 1 und 3

# b) Zur dramatischen Lage auf dem Arbeitsmarkt

Bericht der Landesregierung

(überwiesen am 3. April 2003 an den **Sozialausschuss** und den Wirtschaftsausschuss)

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag im Einvernehmen mit den Antragstellern, die Drucksache 15/2443 Abs. 1 und 3 für erledigt zu erklären und den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis zu nehmen.

# Punkt 5 der Tagesordnung:

# Liberalisierung des Ladenschlusses

Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/2575 (neu)

(überwiesen am 3. April 2003 an den **Sozialausschuss** und den Wirtschaftsausschuss)

Im Einvernehmen mit den Antragstellern empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Antrag für erledigt zu erklären.

# Punkt 6 der Tagesordnung:

# Arbeitsmarktpolitik in Schleswig-Holstein

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der FDP Drucksache 15/3141

(überwiesen am 21. Januar 2004 an den **Sozialausschuss**, den Bildungsausschuss und den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung)

Der Ausschuss nimmt die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der FDP abschließend zur Kenntnis.

#### Punkt 7 der Tagesordnung:

#### Personalserviceagenturen

Bericht der Landesregierung Drucksache 15/3204

(überwiesen am 19. Februar 2004 an den **Sozialausschuss** und den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung)

Auf Fragen der Abg. Birk legt M Dr. Rohwer dar, eine erste Einschätzung über die Situation der Serviceagenturen habe er bereits im Landtag abgegeben. Das Kosten-Nutzen-Verhältnis entspreche nicht seinen Erwartungen. Für eine abschließende negative Beurteilung sei es allerdings noch zu früh. Eine Auswertung werde im ersten Halbjahr 2005 erwartet.

Bezüglich von Abg. Baasch erfragter aktueller Zahlen verweist M Dr. Rohwer auf eine demnächst veröffentlichte Antwort auf eine Kleine Anfrage der Abgeordnete Ritzek und Scheicht.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung abschließend zur Kenntnis.

#### Punkt 8 der Tagesordnung:

#### Keine gesetzlichen Mindestlöhne

Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/3271

(überwiesen am 10. März 2004 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Sozialausschuss)

Abg. Baasch beantragt, den Antrag abzulehnen. Er führt an, eine Einigung der Tarifpartner sei noch nicht erfolgt. Eine kategorische Ablehnung gesetzlicher Mindestlöhne auszuschließen, halte er nicht für richtig.

Abg. Behm dagegen plädiert dafür, dem Antrag zuzustimmen. Die Einführung von gesetzlichen Mindestlöhnen sei - so argumentiert er - kontraproduktiv. Die Festsetzung von Löhnen sei Aufgabe der Tarifpartner.

Abg. Hinrichsen erklärt, der SSW lehne den Antrag aus generellen Überlegungen heraus ab.

Mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP empfiehlt der Ausschuss dem federführenden Wirtschaftsausschuss, dem Landtag die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

#### Punkt 9 der Tagesordnung:

#### Arbeitsmarktbericht Schleswig-Holstein 2002

Bericht der Landesregierung Drucksache 15/3254

(überwiesen am 11. März 2004 zur abschließenden Beratung)

Auf Fragen der Abg. Birk legt M Dr. Rohwer dar, im Mittelpunkt stehe derzeit die Frage, wie die Finanzierung der Betreuung am 1. Januar sichergestellt werden könne. Er vertrete die Auffassung, dass die stille Reserve von Erwerbspersonen zu unterscheiden sei. Die stille Reserve stehe für den Arbeitsmarkt kurzfristig effektiv nicht zur Verfügung. Die Frage, ob sich die Arbeitsagenturen um alle kümmerten, die Arbeit suchten, sei mit Ja zu beantworten. In diesem Zusammenhang weist er auch auf die Bemühungen der Landesregierung hin, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, indem beispielsweise zusätzliche Ganztagsangebote für Kinder geschaffen würden.

Abg. Baasch macht darauf aufmerksam, dass ab Januar 2005 neue Mechanismen wirksam seien. Die wirklich interessante Frage sei, ob es gelinge, mit den dann zur Verfügung stehenden Mitteln mehr Menschen Arbeit zu vermitteln.

Abg. Hinrichsen hält es für interessant, was in Zukunft im Bereich ASH passiere. Für wenig sinnvoll halte sie es, Nachfragen zum Arbeitsmarktbericht Schleswig-Holstein 2002 zu stellen, der auf der Grundlage von Rahmenbedingungen erstellt worden sei, die künftig nicht mehr gälten.

Der Ausschuss nimmt den Arbeitsmarktbericht Schleswig-Holstein 2002 abschließend zur Kenntnis.

#### Punkt 10 der Tagesordnung:

#### **Umsetzung von Hartz IV in Schleswig-Holstein**

Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/3345 Nr. 1 und 2

(überwiesen am 28. April 2004 an den **Sozialausschuss** und den Wirtschaftsausschuss)

Abg. Baasch führt bezüglich Punkt 1 des Antrags aus, hier gebe es die Hoffnung, dass es im Rahmen der Föderalismusdebatte zu einer Änderung komme könne. Zu Punkt 2 hält er es für sinnvoll, die Organisation in Arbeitsgemeinschaften vorzunehmen. Insgesamt lehne seine Fraktion den vorliegenden Antrag ab.

Abg. Hinrichsen geht auf eine Bemerkung des Abg. Behm hinsichtlich der Umlage ein und verweist auf das in der letzten Landtagstagung verabschiedete Ausführungsgesetz zum Zweiten Buch Sozialgesetzbuch.

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP, den Antrag Drucksache 15/3345 Nr. 1 und 2 abzulehnen.

#### Punkt 11 der Tagesordnung:

#### **Umsetzung von Hartz IV in Schleswig-Holstein**

Bericht der Landesregierung Drucksache 15/3590

(überwiesen am 26. August 2004 an den Sozialausschuss und den Wirtschaftsausschuss)

AL Dr. Haasse erläutert auf Fragen der Abg. Birk, die Erwerbsbiographien würden benötigt, um Leistungen richtig einordnen zu können. In diesem Zusammenhang sei die Datenübergabe unter datenschutzrechtlichen Gesichtspunkten problematisiert worden. Eine Lösung sei gefunden worden.

Die Regionaldirektion habe ein Callcenter eingerichtet, um generellen Fragen zur Umsetzung nachkommen zu können. Dieses dürfe nicht verwechselt werden mit den örtlichen Jobcentern. Der Frage, inwieweit Missverständnisse entstehen könnten, sofern auch das Callcenter als Jobcenter benannt werde, müsse nachgegangen werden.

Das Verhältnis von Fallmanagern zu zu betreuenden ALR-II-Empfängern werde zum 1. Januar 2005 in der angestrebten Quote nicht erreicht werden. Dies sei voraussichtlich am 31. Mai 2005 der Fall. Fallmanager für Jugendliche hätten kleinere Gruppen zu betreuen. Dies solle vorrangig geschehen. Die Relation von 1:75 solle bereits Anfang des Jahres erreicht werden.

Abg. Hinrichsen erkundigt sich nach der Ausbildung der Fallmanager. Im Übrigen vertritt sie die Ansicht, dass eine Kürzung von Leistungen dann nicht erfolgen könne, wenn, weil die Quote von Fallmanagern und zu betreuenden ALR-II-Empfängern nicht erreicht werde, entsprechende Angebote nicht entwickelt und angeboten werden könnten.

RL Roloff legt dar, es gebe ein einheitliches Schulungskonzept. Geschult würden Mitarbeiter der Arbeitsverwaltung und der Kommunen. Wie viele neue Arbeitsplätze dadurch geschaffen würden, könne sie derzeit nicht sagen. Zahlen dazu würden voraussichtlich im Laufe des Frühjahres vorliegen. Eine Entscheidung über mögliche Sanktionen obliege der Beurteilung und der Kompetenz der einzelnen Arbeitsgemeinschaften.

M Dr. Rohwer regt an, den Leiter der Arbeitsagentur Nord, Herrn Goecke, einzuladen und im Januar über die Erfahrungen und Probleme berichten zu lassen.

Abg. Kalinka kritisiert die zum Teil bestehende Unflexibilität der Bundesagentur für Arbeit.

Abg. Birk bestätigt die Beobachtung, dass sich die Bundesagentur für Arbeit an ihre neue Rolle gewöhnen müsse. Im Übrigen hält sie die Anregung von M Dr. Rohwer für hilfreich. Ferner möchte sie wissen, ob ein Notfallszenario bestehe. - M Dr. Rohwer bestätigt, dass es ein Worst-Case-Szenario gebe. Im Übrigen vertritt er die Ansicht, dass in der Bundesagentur für Arbeit größtmögliche Flexibilität bestehen solle.

Abg. Baasch regt an, zu dem ins Auge gefassten Gespräch mit der Bundesagentur für Arbeit auch die kommunalen Landesverbände einzuladen.

Nach den Worten von Abg. Behm könnten Personen, die ihren Antrag bis zu einem bestimmten Zeitpunkt nicht abgegeben hätten, im Januar keine Zahlungen erhalten. Darauf verweist Abg. Hinrichsen erneut auf das in der letzten Landtagstagung verabschiedete Ausführungsgesetz zum Zweiten Buch Sozialgesetzbuch sowie darauf, dass notfalls auf die alte Regelung zurückgegriffen werden könne.

Sie stellt die Frage, ob es Absprachen für Beihilfen für Familien in besonderen Lebensumständen gebe. - M Dr. Rohwer sagt zu, dem Ausschuss die Antwort auf diese Frage zuzuleiten. Er ergänzt die Ausführung von Abg. Hinrichsen zu der Bemerkung von Abg. Behm, dass notfalls eine Abschlagszahlung erfolge.

Auf Fragen des Abg. Kalinka führt M Dr. Rohwer aus, am gestrigen Tage habe eine Veranstaltung der kommunalen Landesverbände mit den Arbeitsagenturen zu der Frage, wie gefördert werde, stattgefunden. Bereits jetzt gebe es Maßnahmen, die zur Verfügung stünden und genutzt würden. Er halte es für ein Verpflichtung der regionalen Arbeitsgemeinschaften, entsprechende Veranstaltungen zusammenzustellen.

Der Ausschuss verständigt sich darauf, den Leiter der Regionalagentur für Arbeit, Herrn Goecke, sowie die kommunalen Landesverbände zu der Sitzung des Ausschusses am 20. Januar, 14 Uhr, einzuladen. Schwerpunktthemen sollen eine allgemeine Berichterstattung über die Praxis, Angebote von Fördermaßnahmen sowie Richtlinien und Handlungsspielräume im Rahmen der so genannten 1-€-Jobs sein.

#### Punkt 12 der Tagesordnung:

Bericht der Ministerin für Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz über die Ursachen gehäufter Leukämiefälle in der Elbmarsch - Rücktritt von sechs Mitgliedern der Fachkommission zur Aufklärung der Ursachen gehäufter Leukämiefälle in der Elbmarsch

Antrag des Abg. Werner Kalinka (CDU) Umdruck 15/5142

Abg. Geerdts bittet die Landesregierung, den erbetenen Bericht in schriftlicher Form zu erstatten. - Der Ausschuss schließt sich diesem Vorschlag an.

#### Punkt 13 der Tagesordnung:

#### Bekämpfung der Kinder- und Jugendkriminalität

Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/1713

(überwiesen am 20. März 2002 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den Sozialausschuss)

hierzu: Umdrucke 15/2184, 15/2214, 15/2230, 15/2270, 15/2298, 15/2304,

15/2307, 15/2337, 15/2340, 15/2343, 15/2355, 15/2357, 15/2359, 15/2361, 15/2366, 15/2367, 15/2380, 15/2382, 15/2384, 15/2386, 15/2416, 15/2446, 15/2456, 15/2478, 15/2482, 15/2553, 15/3117, 15/4915, 15/5104, 15/5112

Der Ausschuss führt eine alternative Abstimmung über den von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorgelegten Änderungsantrag, Umdruck 15/5112, sowie den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1713, durch. Für den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sprechen sich die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aus, für den Ursprungsantrag der Fraktion der CDU die Fraktionen von CDU und FDP. Damit schließt sich der Sozialausschuss dem Votum des federführenden Innen- und Rechtsausschusses an und empfiehlt dem Landtag die Annahme des Antrages in der Fassung des Umdrucks 15/5112.

#### Punkt 14 der Tagesordnung:

# Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Ausführungsgesetzes zum Sozialgerichtsgesetz

Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/3761

(überwiesen am 12. November 2004 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den Sozialausschuss)

Der Ausschuss nimmt zur Kenntnis, dass der federführende Innen- und Rechtsausschuss beabsichtigt, eine mündliche Anhörung zu diesem Gesetzentwurf durchzuführen. Er regt an, auch die Wohlfahrtsverbände zu hören.

Ferner kommt der Ausschuss überein, den Tagesordnungspunkt in seiner Sitzung am 9. Dezember erneut aufzurufen.

22

Punkt 15 der Tagesordnung:

Verschiedenes

a) Der Ausschuss kommt überein, das Bestattungsgesetz am 9. Dezember, gegebenenfalls

auch am 20. Januar 2005 aufzurufen.

b) Die Mitglieder des Sozialausschusses sprechen dem Vorsitzenden und allen an der Organi-

sation Beteiligten ihren Dank für die Vorbereitung und Durchführung des Tages der Initiati-

ven/Verleihung des Bürgerpreises 2004 aus.

Abg. Birk bittet um Überlassung des im Rahmen der Veranstaltung gezeigten Filmes. - Der

Vorsitzende gibt bekannt, dass dieser sowie der Filmbeitrag des NDR allen Ausschussmit-

gliedern auf CD zur Verfügung gestellt werden soll.

Der Vorsitzende, Abg. Beran, schließt die Sitzung um 15:35 Uhr.

gez. Andreas Beran

gez. Petra Tschanter

Vorsitzender

Geschäfts- und Protokollführerin